



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/57

8. März 1950

Der Hellseher

S.W. Gefährlicher als politische Schwarzseherei ist die Hellseherei. Kann der erste Fehler immerhin dazu führen, dass der ernsthafte Politiker überaus grosse Anstrengungen zur Behebung der von ihm erwarteten Schwierigkeiten befürwortet und unternimmt, so ist die Gefahr bei dem Hellseher die, dass er die Hände in den Schoss legt und auch das Mögliche unterlässt.

Bundesarbeitsminister Storch war schon als Direktor für Arbeit im Frankfurter Wirtschaftsrat dafür bekannt, dass seine Einschätzungen zum Arbeitslosenproblem falsch waren. Die Entwicklung war für ihn fast immer "keineswegs alarmierend". Immer handelte es sich um "strukturelle" Veränderungen, um einen Flüchtlingszustrom u.ä.m., was den Anstieg der Arbeitslosenziffern verursachte. Im Biedermannston wies er auf diese Umstände als "nackte Wahrheiten" hin und wollte damit den Eindruck erwecken, als wenn es "höhere Mächte" oder die alliierten Besatzungsmächte seien, die an der Arbeitslosigkeit allein Schuld trügen.

Uns scheint die Aufgabe eines Arbeitsministers nicht darin zu liegen, Plattheiten als der Weisheit letzten Schluss von sich zu geben, sondern vorausschauend konstruktive Pläne zur Überwindung der Schwierigkeiten zu finden. Sowohl die Millionen Vertriebenen, als auch der regelmässige Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Zone, der übrigens im Jahr 1949 im Vergleich zu 1948 wesentlich abgestoppt wurde, sowohl die mit der Demontage, als auch die mit den Schwierigkeiten des Aussenhandels verbundene en Faktoren sind ja Tatbestände, von denen von vornherein ausgegangen werden musste. Saisonbedingte Entlastungen des Arbeitsmarktes vorauszusagen, ist kein Kunststück. Auf dem Gebiet der gründlichen Analyse und einer aus ihr entwickelten Vorausschau hat Minister Storch klar versagt.

Im April 1949 hat Minister Storch als Direktor der Verwaltung für Arbeit den Alliierten ein Memorandum überreicht, in welchem er

die Entwicklung des Arbeitsmarktes für das Jahr 1949 für die Doppelzone genau zahlenmässig bezifferte. Nachstehend die Tabelle seiner Voraussage und der wirklichen Ziffern (für die Bundesrepublik ohne Berlin):

	<u>Voraussage:</u>	<u>wirkliche Ziffern:</u>
Mai 1949	850 000	1 215 000
Juni 1949	730 000	1 283 000
Juli 1949	650 000	1 302 000
August 1949	630 000	1 308 000
September 1949	630 000	1 313 000
Oktober 1949	640 000	1 316 000
November 1949	680 000	1 383 000
Dezember 1949	765 000	1 558 000

Auch jetzt ist Bundesminister Storch wieder unter die Propheten gegangen. Zwar hat sich die Zahl der im Bundesgebiet zu bauenden Wohnungseinheiten seit Januar auf 250 000 konstant gehalten, die Zahl der dadurch vom Arbeitsminister fortprophezeiten Arbeitslosen hat sich aber seit Januar 350 000 auf März 600 000 erhöht. Das ist bisher sein einziger Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Zur Analyse ihrer Ursachen hat er allerdings auch neuerdings wieder ein Memorandum überreicht. Der Wert einer solchen Arbeit und der in ihr enthaltenen Aussage über die künftige Entwicklung der Erwerbslosigkeit, ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit gering.

Ein Minister, der sich derart in der Berechnung der konjunkturellen Entlastung des Arbeitsmarktes irrt, sollte doch wenigstens daraus gelernt haben und, statt sich weiter hellseherisch zu betätigen, auf die Warnungen der Opposition hellhörig reagieren.

Folgen der "Fuchs"-Affaire

E.U. London, 8. März

Am Tage nach der Kabinettbildung in England hat die Presse von Lord Beaverbrook, dem bekannten Zeitungsmagnaten, einen wenig schönen Versuch unternommen, den neuernannten Kriegsminister Strachey kommunistischer Neigungen zu verdächtigen. Bei dieser Gelegenheit haben "Evening Standard", "Daily Express" und "Sunday Express", Beaverbrooks drei Zeitungen, den neuen Kriegsminister in den USA zu kompromittieren versucht, indem sie behaupteten, dass die englische Spionage-Abwehr, M.I.5. genannt, die durch die Fuchs-Affaire in wenig rühmlichem Licht erschien, unter die Kompetenz des Kriegsministeriums falle. Das ist nicht wahr. Wie könnten die USA und F.B.I., die amerikanische Abwehrstelle, einem Kriegsminister vertrauen entgegenbringen, der selbst kommunistische Neigungen hatte und vielleicht noch hat? fragte die Beaverbrook-Presse. Ministerpräsident Attlee hat sofort die nötige Antwort gegeben und den Angriff der Beaverbrook-Blätter zurückgewiesen.

Es gibt aber noch andere Aspekte der Fuchs-Affaire. Die öffentliche Meinung in den USA nimmt den Engländern anscheinend übel, dass sie auf den Fall Fuchs nicht mit Ausbrüchen reagiert haben, wie man sie aus den USA nur zu gut kennt. Die Konferenz der drei Länder Kanada, England und Amerika über den Austausch von Informationen zur Atomspaltung wurde kurz vor den Wahlen in England abgebrochen und seither nicht mehr aufgenommen. Ausserdem ist es bekannt, dass vier hohe Beamte von F.B.I. seit kurzem in England sind und hier zusammen mit der Abteilung M.I.5. nach den Fäden suchen, die zwischen Dr. Fuchs und der Sowjetunion bestanden und nach den Kanälen, die gebraucht wurden, um seine Informationen weiterzugeben.

Ungefähr zwei Wochen vor seiner Verhaftung hat Fuchs einen Tag mit einer ungenannt gebliebenen Frau in einem Hotel in Maidenhead bei London verbracht. Nun wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Dr. Alan Nunn May, der in Kanada wegen Atom-Spionage zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, jedes Jahr drei Monate in einem Hausboot in Maidenhead zu verbringen pflegte. Ausserdem ist es aufgefallen, dass Ausländer oft in Maidenhead übernachteten, wenn London-Airport, der grösste Londoner Flughafen, wegen Nebels nicht gebraucht werden kann. Aber dies ist nicht der einzige Zusammenhang zwischen den Affairen Fuchs und May. Dr. Fuchs hat

ziemlich genaue Personenbeschreibungen von zwei russischen Agenten gegeben, mit denen er zu unterhandeln pflegte. Die eine Personenbeschreibung stimmt auffallend überein mit der Beschreibung des "Mannes mit der roten Nelke", der im May-Prozess wiederholt genannt wurde. Den "Mann mit der roten Nelke" - die Blume war ein vereinbartes Erkennungszeichen - sollte Dr. May kurz vor dessen Verhaftung vor dem British Museum treffen, ^{er} erschien aber nicht zu dieser Vereinbarung. Die Polizei folgte zu diesem Zeitpunkt bereits Dr. May auf Schritt und Tritt und war sehr enttäuscht, dass sie den "Mann mit der roten Nelke" nicht verhaften konnte.

Selbstverständlich interessiert sich die englische Abwehr auch für das Problem, wie Dr. Fuchs seine Informationen weitergeben hat. Die Art seiner Informationen macht es unmöglich, dass er einfach kleine Notizen weitergab. Er musste, sollten seine Informationen Wert haben, lange Auseinandersetzungen geben, an jemanden, der imstande war, sie zu verstehen. Wo ist dies geschehen und wen hat er gesprochen? Dies sind zwei wichtige Fragen. Was den Ort betrifft, nimmt man an, dass er oft der Gast eines prominenten englischen Kommunisten war. Die zweite Frage scheint noch unbeantwortet zu sein. Jedenfalls untersucht die Polizei nun, welche bekannten ausländischen Physiker in den letzten Jahren in England waren und wo sie sich aufhielten. Nach verschiedenen Zeitungsdeutungen denkt man in diesem Zusammenhang an einen bekannten Franzosen.

Vorbeugend hat die Abwehrstelle M.I.5. während des letzten Wochenendes in Porton bei Salisbury eingegriffen. Porton ist Sitz eines bakteriologischen Laboratoriums, das allgemein das Forschungsinstitut für einen eventuellen Bakterienkrieg genannt wird. Man untersucht nun das Leben und die Vergangenheit von Personen, die etwa mit den Porton-Laboratorien zu tun haben oder hatten. Das bedeutet, dass man das Leben und die Vergangenheit von Hunderten von Ärzten, Tierärzten, Chemikern und Biologen unter die Lupe nimmt. Die Kontrolle rund um Porton ist seit einigen Tagen verschärft. Ausserdem will M.I.5. wissen, ob es möglich ist, dass unzuverlässige Menschen jemals Zugang zu den Gebäuden von Porton bekommen haben könnten. Es wird hier viel davon gesprochen, dass England und die USA die Möglichkeit der Schaffung einer gemeinsamen Abwehrstelle erwägen, denn der Fall Fuchs habe deutlich gezeigt, dass die russischen Agenten in beiden Ländern arbeiten, während die Abwehr getrennt sei. Der russischen Erklärung, Fuchs habe keine Spionage für die Sowjetunion getrieben und sei den Moskauer Stellen unbekannt, wird hier keine Beachtung geschenkt.

Salzgitter-Intervention der AFoL

sp. Die AFoL (American Federation of Labor), die grösste amerikanische Gewerkschaft, hat das nachfolgende Schreiben an den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy gerichtet:

"AFoL bittet Sie, englische Stellen zu veranlassen, dass die Demontage der Watenstedt-Salzgitter-Werke aufhört, da derartige Demolierungen frühere Abkommen brechen und nur Arbeitslosigkeit zur Folge haben kann. Dies schwächt die demokratische Arbeiterbewegung und spielt dadurch in die Hand der kommunistischen und nazistischen totalitären Organisationen.

Wir bitten Sie weiter darum, alles Mögliche zu unternehmen, um den Polizeibeamten das Recht zu sichern, echten Gewerkschaften beizutreten, um mit anderen Staatsbeamten im Interesse einer freien demokratischen Gemeinde wirken zu können. AFoL vertraut darauf, dass Sie den Alliierten Generalrat überzeugen können, den Polizeibeamten zu erlauben, weiterhin ihre jetzige Gewerkschaftmitgliedschaft aufrecht zu erhalten. AFoL bittet Sie besonders, diese Politik zu unterstützen, um die demokratischen Beamtenelemente in der Polizei zu stärken und dadurch eine Wiederholung der vergangenen verhängnisvollen Entwicklungen zu verhindern, die aus der Polizei ein Nest von Reaktionären und Militaristen machte".

Dieses Schreiben geht zurück auf die Bitte Dr. Kurt Schumachers an die AFoL, auch ihren Einfluss zum Schutz der gefährdeten Bevölkerung und Betriebe geltend zu machen. Betriebsrat und Belegschaft der Reichswerke hatten sich zuvor um Unterstützung an Dr. Schumacher gewandt. Die zweite Bitte der AFoL bezieht sich auf die ebenfalls stark umstrittene Frage des Koalitionsrechtes für Polizeibeamte, das diesen Beamten bisher von den Alliierten verweigert wird.

- o - o -

"Ungesetzlich"

Folgende Entschliessung zur Demontage in den Reichswerken Watenstedt-Salzgitter wurde vom Ortsverein der SPD-Salzgitter gefasst:

"Der Ortsverein der SPD-Salzgitter protestiert gegen die von der Besatzungsmacht über die ursprünglich vorgesehenen Demontage-Massnahmen hinaus in den Reichswerken Watenstedt-Salzgitter in Angriff genommenen umfangreichen Sprengungen. In den Demontagelisten waren die Reichswerke als Überschuss- und nicht als Rüstungsbetrieb geführt. Aufgrund dieser Tatsache sind die Sprengungen der Fundamente ungesetzlich!

Sie stehen ausserdem im Widerspruch zu den Versprechungen des Bundeskanzlers und auch der Hohen Kommissare, der Notstandsgebiet Watenstedt-Salzgitter alle Hilfe zur Linderung der Not zuteil werden zu lassen. Mit diesen Sprengungen wird die Not jedoch verewigt.

Die SPD erklärt sich mit dem Kampf der Belegschaft und seines Betriebsrates für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze solidarisch und bittet den Vorstand der Partei alle Schritte zur Verhinderung weiterer Sprengungen zu unternehmen".